

AUSGABE APRIL 2022

NEUIGKEITEN

Newsletter zur Plenarwoche des Europäischen Parlaments

von Karolin Braunsberger-Reinhold MdEP



04. bis 07. April 2022

Plenarwoche des Europäischen Parlaments in Straßburg

Weiterhin bestimmt der russische Angriffskrieg in der Ukraine die Agenda des Europäischen Parlaments. Auch in dieser Woche haben wir uns in Straßburg dafür eingesetzt, die Ukraine möglichst umfangreich zu unterstützen.

Eine besondere Priorität haben dabei junge Menschen, die vor dem Krieg auf der Flucht sind - innerhalb ihres eigenen Landes oder bei uns in der EU. Wir müssen den Kindern und Jugendlichen jede mögliche Hilfe zukommen lassen!

Die Ukraine zu unterstützen, reicht aber nicht. Es bedarf auch weiterer Sanktionen gegen Russland - möglichst umfassend, möglichst hart. Die Kommission hat in dieser Woche ein entsprechendes Sanktionspaket vorgelegt.

Nicht zuletzt haben wir den sogenannten Data Governance Act (DGA) im Plenum angenommen, mit dem die Verfügbarkeit von Daten in der EU besser geregelt werden kann.

Die vergangene Plenarwoche in Straßburg war also voller dringender Themen. Viel Freude beim Lesen meines Newsletters!

INHALT

Situation junger Menschen auf der Flucht

02

Weitere Sanktionen gegen Russland

03

Data Governance Act

04



JUNGE FLÜCHTENDE IM ZUGE DER RUSSISCHEN AGGRESSION

Die Bilder aus der Ukraine, besonders aus Butscha, sind erschütternd und zeugen von der unfassbaren Brutalität der russischen Truppen gegenüber der ukrainische Bevölkerung. Die russische Invasion bedroht die Zukunft einer ganzen Generation. Viele der Flüchtenden sind Kinder und daher umso schutzbedürftiger. Aus diesem Anlass fand in dieser Plenarwoche auf Initiative unserer EVP-Fraktion eine Aussprache über die Situation von Kindern und Jugendlichen auf der Flucht statt.

Für Kinder sind Kriegserlebnisse besonders traumatisierend. Zudem sind sie aktuell mit der Gefahr konfrontiert, auf der Flucht in die Hände von Menschenhändlern zu fallen. Darum müssen wir besonders auf unbegleitete Minderjährige und Kriegswaisen an den Grenzen achten. Damit alle Kinder wirklich in Sicherheit gebracht werden können, braucht es ein gut koordiniertes Registrierungsverfahren und eine reibungslose Zusammenarbeit der Polizei in den einzelnen Mitgliedstaaten, auch grenzübergreifend.

Als CDU/CSU-Gruppe forderten wir außerdem einen möglichst raschen Zugang zu Bildung für die Flüchtenden. Aus ihnen darf keine verlorene Generation werden. Für die Bewältigung dieser humanitären Krise und zur Unterstützung der PädagogInnen können wir auch die Lehren aus der COVID-19-Pandemie nutzen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten dazu auf die während der Pandemie entwickelten digitalen Werkzeuge zurückgreifen. Wir müssen sicherstellen, dass die vom Krieg traumatisierten Kinder Schutz und die notwendige psychologische Betreuung erhalten. Für die körperliche, seelische und geistige Gesundheit der ukrainischen jungen Menschen sind insbesondere die Schulen essentiell, denn sie bieten oft den dringend benötigten Zufluchtsort und Stabilität. Unsere moralische Pflicht in Europa ist es genau jetzt, die Kinder und Jugendlichen zu schützen und ihnen eine Zukunft ohne Angst und mit allen Perspektiven zu ermöglichen.



WEITERE SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND

Angesichts der furchtbaren Kriegsverbrechen, die russische Truppen in der Ukraine verübt haben, hat die EU-Kommission in dieser Plenarwoche ein weiteres Sanktionspaket gegenüber Russland vorgelegt. Darin enthalten ist neben einer Hafensperre für russische Schiffe sowie weiterer Beschränkungen für den Handel mit Russland auch ein Embargo russischer Kohleimporte. Die Sanktionen müssten noch umfassender und schärfer werden, damit sie die russische Wirtschaft so stark wie möglich treffen, betonte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Vorstellung des Pakets.

In der Plenardebatte herrschte Einigkeit im Plenum, dass die Kriegsverbrechen in der Ukraine nicht unbeantwortet bleiben dürfen. Die Sanktions-Schlinge muss jetzt weiter zugezogen werden!

Zusätzlich zum Kohleembargo forderte die EVP-Fraktion einen Importstopp von russischem Öl. Wir müssen uns von Russland unabhängig machen, soweit es nur geht. Putin muss dort getroffen werden, wo es der russischen Wirtschaft am meisten weh tut. Dabei gilt es jedoch, mit Augenmaß vorzugehen und auch die Auswirkungen auf unsere Wirtschaft in Sachsen-Anhalt, Deutschland und Europa zu berücksichtigen.

Neben den Sanktionen gegen Russland müssen wir die Ukraine weiter unterstützen - durch weitere Waffen sowie den EU-Beitrittskandidatenstatus. Es ist höchste Zeit, dass Europa eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur aufbaut. Gemeinsame Beschaffungen sowie die Bündelung von Forschung und Entwicklung im Bereich Sicherheit und Verteidigung haben jetzt oberste Priorität.





DATA GOVERNANCE ACT

Die Nutzung von Daten wird im unternehmerischen Alltag sowie für Forschung und Entwicklung immer wichtiger. In Europa gibt es bereits einige gut gefüllte Datensilos. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen haben allerdings oft Probleme, an für sie relevante Daten zu gelangen. Der im Plenum angenommene Data Governance Act (DGA) soll deshalb vor allem die Datenverfügbarkeit und den niederschweligen Zugang verbessern.

Mit dem DGA werden neue Regeln für Datenmarktplätze aufgestellt. Diese sehen unter anderem vor, dass Datenmarktplätze ausschließlich als neutrale Mittler auftreten sollen. Ein Beispiel aus der Praxis: Eine Plattform, die mit Sensorendaten von landwirtschaftlichen Geräten wie Traktoren, Sprühgeräten oder Erntemaschinen handelt, darf diese Daten nicht für die eigenen Zwecke einsetzen,

wie etwa die Entwicklung von hauseigenen Algorithmen für den Agrarsektor. Dadurch wird unter anderem gewährleistet, dass sowohl Käufer als auch Verkäufer von Daten darauf vertrauen können, dass ihnen kein Wettbewerbsnachteil durch die Verwendung ihrer Daten durch Dritte entsteht. Mit dieser Fairness-Garantie kann der EU-weite Datenaustausch sein volles Potenzial entfalten und neue, nachhaltige Geschäftsmodelle und Innovationen hervorbringen.

Als CDU/CSU-Gruppe haben wir uns im Gesetzgebungsverfahren für eine faire und vertrauenswürdige Datenwirtschaft in Europa eingesetzt. Die Regulierung soll die Europäische Union fit für die Datennutzung im digitalen Zeitalter machen, um nicht von den Weltmächten abgehängt zu werden. Der Data Governance Act stellt die Weichen für europäische Digitalunternehmen als digitale Innovatoren in der Weltwirtschaft.